

Politik

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nr. 14

Dezember 1979

SPD-Parteitag
3.-7. Dezember 1979, Berlin

Sicherheit für die 80er Jahre

**Reden von Willy Brandt, Egon Bahr, Herbert Wehner,
Helmut Schmidt, Friedrich Halstenberg**

C 99 - 02494

Inhalt

Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, WILLY BRANDT	3
Bericht des Bundesgeschäftsführers der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, EGON BAHR	11
Bericht des Vorsitzenden der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Deutschen Bundestag, HERBERT WEHNER	15
Rede des Stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bundeskanzlers, HELMUT SCHMIDT	24
Bericht des Schatzmeisters der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, FRIEDRICH HALSTENBERG	39
Schlußwort des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, WILLY BRANDT	42

Bericht des Schatzmeisters Friedrich Halstenberg

Friedrich Halstenberg, Schatzmeister der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen, das Amt, das ich vor anderthalb Jahren angetreten habe, hatte vor mir Wilhelm Dröscher inne. Wenn ich diesen Rechenschaftsbericht erstatte, muß ich mit der Nennung seines Namens beginnen und der Würdigung, daß er sein Amt sehr ernstgenommen und alles getan hat, um die Lösung der Probleme, die er sah, zu ermöglichen.

(Beifall)

In dem Rechenschaftsbericht, den er in Hamburg, in den Sielen zusammengebrochen, nicht mehr selbst erstatten konnte, hat er seine Sorge um die Finanzen der Partei und seine Entschlossenheit vorgetragen, die Sanierungsaufgabe energisch anzugehen.

Heute, zwei Jahre später, sind wir von den Konsolidierungszielen noch ein gutes Stück entfernt, aber auch ein gutes Stück vorangekommen.

In einer großen Anstrengung haben wir unser Beitragsaufkommen wesentlich erhöht. Die Sparmaßnahmen sind wirksam geworden. Die Schulden haben wir verringern können, allerdings nur im Parteibereich. Die Beteiligungsunternehmen arbeiten mit Erfolg.

Aber wesentliche Elemente, auf die Wilhelm Dröscher seine Konsolidierung hatte stützen wollen, sind nicht verwirklicht worden. Die Aktivitäten zu einer erheblichen Erhöhung der Parteispenden hatten keinen Erfolg. Die Spenden gingen sogar zurück. Bei den Unternehmen der „Konzentration“ wurden wirtschaftliche Erfolge erwartet. Leider sind sie nicht eingetreten, sondern die Lage hat sich verschlechtert, insbesondere bei der „Morgenpost“.

Die dem Schatzmeister aufgetragene Konsolidierung erfordert noch große Anstrengungen, die ich nicht verheimlichen will. Der Bundestagswahlkampf 1980 wird noch einmal eine sehr belastende Kreditaufnahme erfordern. Wenn wir die Verschuldung bis 1984 wieder zurückführen wollen, dann müssen wir den Riemen enger schnallen.

Das Parteitagspräsidium hat mich gebeten, um Platz für die Beratung der Anträge zu schaffen, mich möglichst kurz zu fassen. Ich werde dem entsprechen und möchte auf das gleich zur Verteilung kommende Manuskript verweisen. Ich bitte aber darum, es in einigen Punkten durch meinen Vortrag korrigieren zu dürfen. (...)

Ich habe in der schriftlichen Vorlage das Zahlenwerk des Rechenschaftsberichts vorgetragen und will zunächst einige Anmerkungen dazu machen. Die Aufgabe der letzten zwei Jahre war, den Haushalt wieder in ein ausgewogeneres Verhältnis zu bringen. Dazu war es notwendig, eiserne Ausgabendisziplin durchzusetzen. Das ist im Einvernehmen mit Egon Bahr geschehen. Trotz ungefähr 10%iger Kürzung der Ausgaben haben unsere Mitarbeiter eine hervorragende Leistung erbracht. Mit Egon Bahr möchte ich dafür danken.

(Beifall)

Auch unter dem Diktat eiserner Sparnotwendigkeiten werde ich aber keine rigorosen Personalmaßnahmen anstreben oder durchsetzen wollen. Ich weiß vielmehr, daß wir qualifiziertes Personal, erstklassige Mitarbeiter für die Arbeit in der Breite und in den Stäben brauchen; nicht zuletzt

deswegen, weil unser politischer Gegner auf diesem Felde gut gerüstet ist.

Wilhelm Dröscher hat in seinen Berichten auf den Zusammenhang zwischen Organisation, Mitarbeiterstand und Wahlerfolgen hingewiesen. Ich will an diesen Gedankengang anknüpfen und erneut unsere Bereitschaft bescheinigen, daß wir den Bezirken, die dies aus eigener Kraft nicht können, auch weiter helfen werden, ihren Organisationsstand aufrechtzuerhalten.

(Beifall)

Die Landes- und Bezirksvorstände, mit denen ich nicht leichte Zuschußverhandlungen geführt habe, werden mir bestätigen, daß es möglich war, in Respektierung der gegenseitigen Standpunkte hilfreiche Vereinbarungen zu treffen.

Wir haben eine erfolgreiche Beitragskampagne geführt und die Skepsis Lügen gestraft, die gegen den Erfolg der Beitragserhöhung gesetzt worden war. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in dem Jahr, das sich jetzt seinem Ende zuneigt, rund 20 % mehr Beiträge hereingeholt. Das sind 10 Millionen DM. Der Einzug geschah durch viel mühsame Kleinarbeit unserer Kassierer. Dafür meinen sehr herzlichen Dank!

(Beifall)

Unverändert sind bei uns – das macht uns stolz – die Beiträge das Rückgrat unserer Finanzen. Wir tragen 58 % unserer Einnahmen durch Beiträge. Das ist bei den anderen Parteien rund ein Drittel schlechter. Also müssen wir uns auch weiter selbstbewußt um unsere Beiträge bemühen.

Dagegen gehen – die Ursache kann man gut erklären – unsere Spenden weiter zurück. Beim PV machten die Spenden nur noch 2 % des Etats aus. Zum Vergleich nenne ich einmal zwei andere Zahlen. Bei unseren Koalitionsfreunden sind es 48 %, bei der CDU/CSU 15 %. Man kann daran ganz gut sehen, wo die jeweiligen Freunde sitzen.

Das Verfassungsgericht hat uns am 24. Juli eine grundlegende Entscheidung zur Parteienfinanzierung gebracht und uns gesagt, daß für öffentliche Hilfen nur noch strengste Maßstäbe gelten werden. Ich will einen Satz aus diesem Urteil zitieren und später noch einmal an ihn anknüpfen:

Das Grundgesetz hat den Parteien das Risiko des Fehlschlages eigener Bemühungen um ihre Finanzierung nicht abgenommen.

Dies gehört nicht nur ins Stammbuch von Schatzmeistern, sondern in das Stammbuch von allen von uns, die Geld ausgeben.

Wenn ich über Beiträge rede – ich habe ein paar Empfehlungen in meinem schriftlichen Bericht niedergelegt –, so meine ich aber auch, daß wir die Beitragszahlung nicht nur finanziell motivieren können, sondern daß wir auch die Leistungsbereitschaft unserer Mitglieder anregen müssen, daß wir etwas für sie tun.

Hans Koschnick und Holger Börner haben dazu Anregungen gegeben, von denen der Schatzmeister einige wieder



aufnehmen muß. Wir sollten uns alle Mühe geben und unseren Erfindungsreichtum betätigen, damit, wie es auch Johannes Rau gesagt hat, die Parteiarbeit wieder Spaß macht.

Unsere Ortsvereine vereinigen in ihren Ortsvereinsfesten fröhliche Genossen und machen einen lebendigen Bürgerkontakt. Damit haben wir schöne Erfolge erzielt. Diese gute Arbeit droht aber zur Zeit im Papierkrieg erdrosselt zu werden. Die gegenwärtige steuerrechtliche Interpretation sieht in unseren Festen und in unseren Zeitungen steuerpflichtige Tätigkeiten und macht daher Aufzeichnungen, Buchführung und Kalkulation zur Pflicht, die von unseren Kassierern wirklich als unzumutbar und unerfüllbar angesehen wird. Ich will nicht auf Steuerprivilegien hinaus, aber auf eine realistische Verfahrenspraxis. Ich möchte nicht gerne, daß wir unsere Funktionäre auf Finanzbuchhaltung, Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuerbearbeiter trimmen. Ich möchte vielmehr, daß wir ihr politisches Engagement offenhalten.

Ich will damit, nachdem ich das sehr straff und kurz vorgebracht habe, meinen Bericht über die Parteikasse abschließen und zu dem Thema kommen, das uns sicherlich heute noch eingehender beschäftigen wird, nämlich die Betriebe der Partei, die Gegenstand von Artikeln in den Zeitungen sind, und insbesondere zur „Hamburger Morgenpost“.

Kein Mensch kann in Abrede stellen: Es muß, wie auch der Antrag 250 dies von uns fordert, alles Erdenkliche getan werden, und das ist auch geschehen, damit die „Morgenpost“ auf dem sonst monopolisierten Markt erhalten wird. Was wir aber dazu – und das will ich glaubhaft zu machen versuchen – nicht mehr können, ist, dies in eigener Produktion, in einem eigenen Unternehmen zu leisten. Ab Frühjahr 1980 steht die unwirtschaftlich gewordene Druckerei nicht mehr zur Verfügung. Das 1976 aus Liquiditätsgründen verkaufte Pressehaus muß geräumt werden. Eine neue Druckerei können wir nicht auslasten und daher nicht finanzieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Partei kann die Verluste der Hamburger Betriebe nicht mehr tragen. Durch Dauerverluste geschwächt, seit einem halben Jahrzehnt im Ungewissen lavierend, durch Dauersubventionen entmotiviert, können wir diese Betriebe aus eigener Kraft nicht mehr sanieren.

Die schon lange überfällige Schließung konnte daher nicht vermieden werden.

An den sehr schwierigen Beratungen hat, wie es unsere Vereinbarungen vorsehen, Walter Hesselbach mit seinem sachverständigen, kritischen Rat teilgenommen. Nach langwierigen Verhandlungen ist die Schließung im Herbst vom Aufsichtsrat im Vermittlungsverfahren beschlossen worden.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Schließung der Betriebe hätte nur bei der sogenannten kommerziellen Lösung vermieden werden können. Das ist die Lösung, die uns mit dem Hamburger Marktbeherrscher verbunden hätte. Das wäre sicherlich betriebswirtschaftlich richtig gewesen; politisch war aber kein Sinn darin. So konnte ich leider auch die Chance, die Arbeitsplätze zu sichern, was dabei möglich gewesen wäre, nicht wahrnehmen. Es gibt also dafür, daß wir einen betriebswirtschaftlich, betriebs-technisch vereinbarten Weg nicht gehen können, vor allem ein politisches Motiv.

Ich muß ein Wort an die Hamburger Mitarbeiter sagen und

mein aufrichtiges Verständnis dafür offenbaren, daß den Hamburger Mitarbeitern in den letzten zehn Jahren eine viel zu lange Strecke der Unsicherheit und Ungewißheit zugemutet worden ist. Aber die Entscheidung, die man früher rascher und ohne Ungewißheit hätte treffen können, wäre zu jenem Zeitpunkt nur die Schließung gewesen, und das wäre wirtschaftlich auch richtig gewesen. Wenn meine Vorgänger und ich nun dennoch zehn Jahre lang eine positive Alternative gesucht haben, wobei die Ausgangslage immer schlechter wurde, so haben wir das nur deshalb getan, weil wir die Zeitung und die Arbeitsplätze retten wollten. Der Preis dafür war hoch. Für die Mitarbeiter war er vielleicht zu hoch; für die Parteikasse war er sicherlich auch zu hoch, und der Partei wird es nicht einmal gedankt werden.

Großen Respekt verdienen die Mitarbeiter, die trotz alledem jeden Tag eine ordentliche Zeitung herausgebracht haben und dies auch noch tun. Ich begreife ihr Aufbegehren gegen die nicht immer darstellbare Verhandlungslage, ich begreife ihr Aufbegehren auch gegen den jüngst unternommenen Versuch, aus den stillzulegenden Betrieben Mitarbeiter für die Folgeunternehmen zu interessieren. So wie es – auch in Zeitungen dargestellt – geschehen ist, konnte das nicht gut gehen. Es ist in die falsche Richtung gegangen. Es ist für mich selbstverständlich, daß jeder Kollege, dem eine Entscheidung über sein berufliches Engagement abgefordert wird, zumal bei einer Zeitung, wissen muß, wohin die Reise geht, wer der Unternehmer sein wird, welche Konzeption verfolgt wird, was gemacht werden soll. In eine Unsicherheit hinein kann man keinem Kollegen raten und keinen führen.

Allen Mitarbeitern wird das Ausscheiden aus dem Betrieb durch einen einvernehmlich ausgehandelten, keinesfalls kleinteiligen Sozialplan erleichtert. Das ersetzt – dies weiß ich wohl – keinen verlorenen Arbeitsplatz. Aber gottlob fällt die Entscheidung in einer etwas erträglicheren Konjunktur- und Arbeitsmarktsituation, so daß ein größerer Teil unserer Mitarbeiter in Hamburg leichter eine Beschäftigung finden wird.

Übrigens einvernehmlich ist festgelegt, daß alle Mitarbeiter die volle Sozialplanleistung erhalten, auch in dem Falle, daß es zu einer Fortführung oder zu einer Anschlußproduktion kommt, auch in dem Falle, daß die Mitarbeiter bei einer neuen „Morgenpost“ wieder weiter arbeiten können würden.

Diesen Sozialplan können die Betriebe natürlich nicht finanzieren. So mußte es die Partei.

Nun komme ich zu einem Punkt, bei dem ich wirklich um herzliches Verständnis bitte, wenn es nicht herzlich geht, dann um vernünftiges Verständnis. Ich nenne hier Zahlen, die nicht neu sind, aber ich muß sie euch in Erinnerung bringen, und meine Bezirkskassiererkollegen, Unterbezirkskassiererkollegen und Ortsvereinskassiererkollegen werden das Grauen bekommen, wenn sie diese Zahlen hören und sie auf ihre Möglichkeiten übertragen: Die Hamburger Betriebe haben in den letzten zehn Jahren bis jetzt 60 Millionen DM Verluste zu Lasten der Partei erwirtschaftet. Auf diese Verluste müssen wir noch einmal die Finanzierung des Sozialplans packen. Das ist eine moralische Verpflichtung. Aber dadurch wird sich das Hamburger Engagement am Ende auf 70 Millionen DM belaufen. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist der Gegenwert von zwei Bundestagswahlkämpfen, und unsere Liquidität sähe anders aus.

Ich will die beiden Bereiche Unternehmen und Parteikasse

für einen Augenblick einmal zusammenfassend darstellen. Wenn ihr in das Jahrbuch schaut, das die letzten Abschlüsse enthält, so könnt ihr dort nachlesen, daß der Parteivorstand ein Drittel seiner Ausgaben durch Beiträge deckt, ein Drittel durch andere gesicherte Quellen und das letzte Drittel aus Krediten. 1977 waren das 14 Millionen DM, 1978 waren das 12 Millionen DM. Außerdem haben wir zehn Jahre hindurch auf solcher Weise auch noch die Hamburger Defizite dazugegan.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr mich auf diesen Platz gestellt habt, werdet ihr nicht damit einverstanden sein können, daß Eure Kassierer in mühevoller Arbeit in der ganzen Republik Beiträge einsammeln, davon zehn Millionen DM nach Bonn schicken, und ich diese zehn Millionen DM umverteile auf Zwecke, die mit der Beitragskassierung nicht in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden können.

Ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich – wie unfreundlich das auch gewürdigt werden mag und in den Zeitungen gewürdigt wird – über die Mittel nicht verfüge, Defizitbetriebe weiter mit Nachschüssen der Partei zu subventionieren, in einer Lage, in der die Partei selber nicht einmal ein ausgeglichenes Ergebnis hat.

Alle diese Erwägungen, diese Überlegungen, diese Tatsachen konnten mich nicht von der Verpflichtung entbinden, alles zu tun – alles, was nur erdenklich ist –, um die Zeitung in Hamburg, jedenfalls die Zeitung, zu retten. Mit diesem Ziel habe ich, ohne mich durch Mißerfolge entmutigen zu lassen, jeden denkbaren Versuch gemacht und jede mir nahegebrachte Überlegung geprüft.

Wenn ich keinen Erfolg hatte – das scheint nun das abschließende Ergebnis zu werden –, so liegt das an der Schwäche des Objektes und an den Tücken des Details. Ich empfinde es als eine ungewöhnliche Loyalität, wenn mir dies nicht zugerechnet würde. Nach ärgerlichen Zeitverlusten und Rückschlägen hatte sich die Verhandlungslage, wie ich das auch berichtet habe, positiver entwickelt. In der Druckfrage zeichnete sich eine Lösbarkeit mit einem Hamburger Unternehmen ab. Die große, aus der Partei vielfältig artikulierte Sorge, wir würden mit dem Hamburger Marktbeherrscher oder mit einem anderen großen Unternehmen zusammengehen, haben wir schließlich entkräften können. Aber der Weg, über den ich bis in die letzten Tage und hier auch noch während des Parteitags verhandelt habe, hatte drei Voraussetzungen. Es wurde von uns erwartet, daß wir die Produktion bis zum glatten Anschluß im Frühjahr sichern mußten, daß wir für eine technische Lösbarkeit, nicht für deren Finanzierung, einstehen müßten,

daß wir alle Altlasten zu übernehmen hätten und – dies ist auch in meinen Augen eine sehr belastende Bedingung gewesen – daß keine Personalübernahmeverpflichtung bestünde, ja, daß wir vor der Übernahme den Sozialplan durchgeführt haben würden, um Übernahmeverpflichtungen nicht entstehen zu lassen.

Die Zeitungsleser haben einen Eindruck davon gewinnen können, der auch den Tatsachen entspricht, daß diese Bedingungen nach der Lage dieser Stunde nicht erfüllbar sind. Ich kann nicht mehr dafür einstehen, daß der Produktionsanschluß gewährleistet bleibt. Ich kann auch die Haltung all derer, die ich dafür brauchte, gut verstehen. Unter dem zutreffenden Eindruck der Lage haben die Gespräche, die ich bis gestern in die Nacht fortgeführt habe, die Einstellung meiner Partner, auf die es ankommt, zutage gebracht, daß sie die Kooperation nicht mehr für wiederherstellbar halten.

Damit, liebe Genossinnen und Genossen, ist auch die hier am Rande des Parteitags geäußerte Vermutung nicht mehr da. Ich wollte diese Sache – sagen wir einmal: in meinem eigenen Darstellungsinteresse – über den Parteitag hinweg retten. Hier ist die Wahrheit, die keiner weiteren Beschönigung bedarf, für die ich einzutreten habe.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich werde nachher hier für ein in dieser Lage schwieriges Amt zur Wahl stehen, das mir vor eineinhalb Jahren kommissarisch nahegebracht worden ist. Ich will mich einmal so ausdrücken. Dazu brauche ich Vertrauen, und dazu möchte ich noch drei Sätze sagen. In einer von mir unbeschönigt dargestellten Lage müssen all diejenigen, die mit Parteigeld zu tun haben, damit sorgfältig, penibel, rational und kühl umgehen.

Das gilt auch für das in unseren Unternehmen arbeitende Parteigeld, das wir nicht weiter mit unbegrenzten Nachschußpflichten laufen lassen können.

Dies alles bedeutet, daß leider häufiger Erwartungen, auch begründete, von mir zurückgewiesen werden müssen, auch dort, wo es nach meinem politischen Verständnis zur Ordnung der Partei gehört, im Umgang mit unseren Mitarbeitern in der Partei und in den Betrieben das größtmögliche Maß an Großzügigkeit zu zeigen. Der Schatzmeister hat in den letzten beiden Jahren häufiger nein als ja sagen müssen. Es hat ihm keine Freunde eingebracht. Diejenigen, mit denen ich Konflikte habe austragen müssen, bitte ich sehr um Nachsicht. Diejenigen, für die ich die Konflikte austragen habe – und das seid ihr alle hier –, bitte ich um Hilfe. Allein kann ich diese Reise nicht bestehen. Helft mir, die Kasse wieder in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten!

(Beifall)